

DER STRAFPROZESS PFAMMATTER. ANWERBUNG VON SOLDATEN FÜR DEN RÖMISCHEN DIENST 1855

von Hans Steffen

Was geschah?

Im März 1855 kehrte der Landjäger (Gendarm) Béro in Salgesch in eine «Auberge» ein. Dort traf er zwei Berner. Er verlangte von ihnen die Ausweise («leurs papiers»). Der eine konnte sich nicht ausweisen und behauptete, er habe seine Papiere Anton Pfammatter gegeben, weil dieser ihn für den römischen Dienst angeworben habe. Der im Wirtshaus anwesende Christian Mathieu, «le Gros» genannt, erklärte dem Landjäger, eben dieser Pfammatter habe kürzlich 5–6 Albiner angeworben. Auf Grund dieser Aussage erstattete Béro Anzeige und forderte die Verhaftung von Pfammatter.

Der Prozess gegen Pfammatter fand in Leuk statt. Weil Christian Mathieu sich weigerte, seine Aussage zu wiederholen und der Landjäger keine weiteren Beweise erbringen konnte, stellte das Gericht das Verfahren ein (Entscheid auf Nichtstatthaftigkeit der Anklage).¹

1. Die rechtliche Situation

1848 wurde im Artikel 11 der neuen Bundesverfassung bestimmt, dass keine neuen Militärkapitulationen abgeschlossen werden dürfen. Militärkapitulationen waren «Verträge, durch die ein Staat einem anderen Staat das Recht einräumte, auf

¹ Archiv des Bezirksgerichtes Leuk, Strafprozess gegen Anton Pfammatter wegen Anwerbung von Soldaten für den römischen Dienst, 1855. Das Originaldossier ist nicht auffindbar. Der Artikel beruht auf Kopien, welche vor ca. 25 Jahren gemacht wurden. Die Nummerierung der zitierten Dokumente erfolgt nach chronologischen Gesichtspunkten.

seinem Gebiet eine bestimmte Anzahl von Söldnern anzuwerben, wogegen ihm gewisse Vorteile, wie in der Alten Eidgenossenschaft sog. Jahrgelder, Handelsvorteile, Garantien bezüglich des Einsatzes der Truppen sowie bestimmte Rechte der angeworbenen Söldner (Sold, Verpflegung, Beförderung, Urlaub, Justiz) zugesichert wurden».²

Seit dem 15. Jahrhundert waren die Orte der Alten Eidgenossenschaft berechtigt, mit ausländischen Mächten Kapitulationen abzuschliessen. In der Helvetik und unter der Mediationsverfassung von 1803 ging die Kompetenz zum Abschluss an die zentralen eidgenössischen Behörden über, 1815 aber wieder an die Kantone zurück. In der Regenerationszeit (ab 1830) verboten zahlreiche Kantone den Abschluss von Militärverträgen.

Die Bundesverfassung von 1848 war für alle Kantone verpflichtend. Bestehende Verträge wurden aber nicht ausser Kraft gesetzt. Das Anwerben von Söldnern blieb vorerst erlaubt, durch Bundesbeschluss 1849 untersagt.³ Im Jahre 1859 wurde schliesslich erstmals in einem Bundesgesetz allen Schweizern untersagt, in fremden «nicht nationalen» Truppen Dienst zu leisten.

In Vollzug der Bundesbeschlüsse legte der Staatsrat des Kantons Wallis am 2. Juli 1849 fest:

1. «Alle Anwerbungen für auswärtige Militärdienste sind für einstweilen untersagt.
2. Die Werbebüros für jene Dienste sollen sofort geschlossen werden.
3. Jede Zuwiderhandlung gegen diese Beschlüsse wird mit einer Busse von hundert bis 400 Franken bestraft.»⁴

Damit war die Rechtslage klar. Es galt nun, diese Gesetze durchzusetzen, was sich als schwierig und komplex erwies. Im Stillen und manchmal in aller Öffentlichkeit ging die Anwerbung weiter. An einzelnen Orten wie etwa in Simplon Dorf soll es geheime Werbebüros gegeben haben.⁵ Was bewog die Walliser, weiterhin in fremde Dienste zu ziehen und welches war der Stellenwert der Solddienste bei der Bevölkerung und bei den Behörden?

2 Dietrich Schindler (Hsg.), Kommentar zur Bundesverfassung von 1848, Basel 1996 (Kommentar zum Artikel 11, S. 1).

3 Schweizerisches Bundesblatt, Bd. II, Nr. 29, S. 88.

4 Sammlung der Gesetze, Dekrete und Beschlüsse des Kantons Wallis von 1847 bis 1852, Bd. VIII, Sitten 1852, S. 164f.

5 Thomas Antonietti, Die Handlanger des Krieges und ihre noblen Unternehmer, in: Auswanderungsland Wallis, Begleitpublikation zur Ausstellung «ubi bene ibi patria», Sion 1991, S. 46.

2. Solddienste im Wallis des 19. Jahrhunderts

Solddienst hat im Wallis eine lange Tradition. Seit dem 16. Jahrhundert zogen immer wieder Hunderte (manchmal Tausende) von Soldaten in fremde Dienste. Es entstanden eigentliche Solddynastien (Stockalper, de Courten, Kalbermatten). Die Söldner zogen nach Frankreich, Savoyen, Venedig, Spanien, Rom und Neapel u. a. O. Der militärische Dienst im Ausland hatte hohes Ansehen und brachte Verdienst für Kompanieinhaber und Soldaten.

Die Nachfrage nach solchen Diensten war vor allem im 17. Jahrhundert gross. Peyer geht davon aus, dass der relativ hohe Lohn des Solddienstes wesentlich zu dessen Attraktivität beigetragen hat.⁶ Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht war dieser Wirtschaftszweig über lange Zeit von einiger Bedeutung, wie die neuere Forschung zeigt.

Im 19. Jahrhundert änderte sich die Situation grundlegend: die Rahmenbedingungen waren für die Söldner nicht mehr sehr verlockend, und das Ansehen der fremden Dienste hatte gelitten. Verschiedene Autoren sprechen davon, dass der Solddienst «dekadent» geworden sei. Zudem nahm die Qualität der stehenden Heere rapide ab, die Aushebung wurde schwierig und die Kampfbereitschaft der Soldaten sank.⁷ Zahlreiche Schweizer Regimenter wurden aufgelöst: 1815 in Sardinien-Piemont, 1816 in England, 1823 in Spanien, 1828/29 in den Niederlanden und 1830/32 in Frankreich.⁸

Am längsten hielten sich die Dienste für den Papst und das Königtum Neapel. Dort standen bis 1859 Schweizer Truppen im Einsatz; sie waren 1789 aufgegeben, dann aber 1825 neu begründet worden.

Im Prozess von Leuk ging es um die Anwerbung für den «Römischen Dienst». Damit sind Schweizer Regimenter im Dienste des Papstes gemeint. Es handelte sich also nicht um die Schweizer Garde, wie wir sie heute kennen. In Italien waren damals heftige Kriege um die Einigung im Gange. Der Kirchenstaat mischte in diesen Kriegen kräftig mit. So brauchte der Papst dafür dringend Truppen. Bereits im Jahre 1831 hatte Papst Gregor XVI. beschlossen, eine kleine Armee mit internatio-

6 Hans Conrad Peyer, Die wirtschaftliche Bedeutung der Fremden Dienste für die Schweiz vom 15. bis 18. Jahrhundert, in: Wirtschaftskräfte und Wirtschaftswege, Bd. II: Wirtschaftskräfte in der europäischen Expansion, Nürnberg 1978 (=Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte Bd.5), S. 704f. Ein einfacher Söldner verdiente bis zum Anfang des 17. Jahrhunderts etwa anderthalbmal bis doppelt so viel wie ein Züricher Maurergeselle. Erst nach dieser Zeit fiel der Sold stark zurück, blieb aber auf dem Niveau eines Landarbeiters, dessen Besoldung als Existenzminimum angesehen werden muss.

7 Siehe u.a. Hans Rudolf Fuhrer / Robert-Peter Eyer, in: Schweizer in Fremden Diensten, Zürich 2006, S. 249ff.

8 Die Angaben basieren auf dem Historischen Lexikon der Schweiz, Art. «Fremde Dienste», und auf Fuhrer / Eyer (wie Anm. 7), S. 254.

nalem Charakter aufzustellen⁹ und beauftragte damit zwei Schweizer, einerseits Herzog Franz-Simon von Salis, anderseits Eugène de Courten. Die Verträge wurden im Jahre 1832 in Luzern in Anwesenheit des päpstlichen Nuntius unterzeichnet. Dem schweizerischen Parlament wurden sie nie zur Ratifikation unterbreitet. Es waren private Verträge zwischen zwei hohen Militärs und dem heiligen Stuhl, keine Kapitulationen im engern Sinne. Im Nachhinein bemühten sich die Obersten de Courten und von Salis um die Erlaubnis, in ihren Kantonen (Wallis und Graubünden) Truppen werben zu dürfen. Der Staatsrat des Kantons Wallis nahm diese Verträge zur Kenntnis und bewilligte eine öffentliche Anwerbung.¹⁰

Solddienst muss im Kontext der Auswanderungswellen gesehen werden. Er war lange eine gesellschaftlich weitgehend akzeptierte Form der Auswanderung.

Für das 19. Jahrhundert liegen relativ verlässliche Zahlen über das Ausmass der Emigration, vorab nach Amerika, vor. In den Jahren 1850–1914 zogen 14'000 Menschen nach Übersee, was ein jährliches Mittel von 200 Personen bedeutete.¹¹ J. F. Bergier und andere Historiker nehmen an, das Wallis und andere Gebirgskantone seien konstant überbevölkert gewesen («die natürlichen Hilfsquellen des Landes reichten nicht aus, die Bedürfnisse einer noch so kleinen Bevölkerung zu decken».¹²) Neuere Forschungen verwerfen die These, dass die Alpen ein «Menschenreservoir» darstellten und den Tiefländern im Wesentlichen als «fabriques d'hommes» dienten.¹³ Insbesondere bestreiten Pfister und andere, dass wegen dem nach 1750 einsetzenden Bevölkerungswachstum auf der Basis der Kartoffel grössere Auswanderungen notwendig geworden wären.

Die damalige Lokalpresse und einzelne Zeitzeugen sehen das allerdings für das Wallis um 1850 nicht gleich. Das Walliser Wochenblatt (der Vorgänger des heutigen Walliser Boten) stellte 1865 zum Thema Auswanderung fest: «Noch in heutigen Tagen wie in früheren Jahrhunderten, mag es wahr sein, dass die Schweizer ein Loch haben müssen, um hinaus schlüpfen zu können. Früher bot dieses Loch das Reislaufen zu ausländischen Kriegsfahnen; heute will ich dafür gerne Amerika gelten lassen, weil es den radikalen Tonangebern im Schweizerland nicht behagt, Schweizer Soldaten die Throne rechtmässiger Fürsten umstehn und mit ihrem Herzblute festhalten zu sehen.»¹⁴

9 Siehe dazu: *Eugène de Courten*, Valaisans au service de causes perdues: Naples 1861 – Rome 1870, in: *Annales Valaisannes*, 2ème sér., XL (1965), S. 325ff.

10 Staatsarchiv Sitten, Services Etrangers, Service de Rome, u.a. 2/4/16 - 1832.

11 Siehe u.a. *Gérald Arlettaz*, «L'étrange et fatale illusion», l'émigration pour l'Amérique dans la presse bas-valaisanne, in: *Auswanderungsland Wallis* (wie Anm. 5), S. 125.

12 *Jean-Francois Bergier*, Wirtschaftsgeschichte der Schweiz. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Zürich 1990, S. 17.

13 *Christian Pfister*, Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1500–1800, München 1994, S. 122.

14 Walliser Wochenblatt Nr. 15 (15. April 1865), S. 2.

Ein Abgeordneter behauptete 1865 im Grossen Rate, es sei schlicht unmöglich, eine «teilweise Auswanderung zu verhüten».

Was immer die Motive für die Auswanderung gewesen sein mögen: Die Auswanderung nach Amerika hat zum Teil wenigstens jene Kreise angesprochen, welche in früheren Zeiten in fremde Dienste gezogen sind. Die zeitliche Abfolge (fremde Dienste bis gegen 1850, Auswanderung ab 1850) legt es nahe, die Emigration nach Übersee als eine Art Ersatz für die fremden Dienste zu betrachten. So sah es auch 1883 der Präfekt von Saint-Maurice: «Hätte der Bund den Kantonen die Militärkapitulationen gelassen, so könnte er davon absehen, seinen Bevölkerungsüberschuss in andere Länder abzuleiten».¹⁵

Für Bund und Kantone bedeuteten die Kapitulationen eine grosse Geldquelle, mit deren Verlust man sich schwer tat. Der Sprecher einer Nationalratskommission formulierte es im Jahre 1850 wie folgt: «Sollte nun aber wirklich die Abberufung und Rückkunft der vier Regimenter zur Thatsache werden, Tit. könnten Sie einen festen Glauben an die Möglichkeit einer kapitulationsmäßigen Entschädigung fassen? Woher wäre auf längere Jahre hinaus eine Summe von 500'000 bis 700'000 Franken zu schöpfen?

Vertheilen Sie diese auf die ganze Eidgenossenschaft, auf die kapitulirenden Kantone, überall würde eine solche Mitgift, eine so enorme, allen Vortheiles entblöbte Belästigung mit Unwillen angesehen werden, zumal, wie bekannt, die Finanzverhältnisse der Eidgenossenschaft und der meisten Kantone, besonders der kapitulirenden, mit Ausnahme vielleicht von Bern und Solothurn, der Art sind, daß sie eher zum Nehmen als zum Geben sich eignen. Die Schweiz vermag nicht, die Verpflichtung des Königs von Neapel zu übernehmen für Soldaten, die nicht im Falle waren, bis dahin der Schweiz unmittelbar zu nützen.

Es ist wohl vorauszusehen, daß eine allfällige Nichtannahme der Wünsche und Verlangen der Petenten ab Seite der Bundesversammlung eine große Mißstimmung erzeugen wird: aber der praktische und patriotische Sinn der Schweizerbürger wird bei der vorliegenden Sachlage sich zu beruhigen wissen, um so mehr, als die Besorgniß, daß die vier Schweizerregimenter das künftige Schicksal Italiens entscheiden werden, in ein zu weites Feld gestellt ist, und das Vergangene nicht mehr geändert werden kann. Andere Wirkungen und Kollisionen der verschiedensten Art dürfte die Ueberbindung der Verpflichtungen des Königs von Neapel an die ärmeren kapitulirenden Stände, die, was mit Gewißheit anzunehmen ist, ihre freie Einwilligung zu Auflösung der Kapitulation zurückhalten, hervorrufen. Hüten wir uns, einen neuen Zankapfel in das kaum begonnene neue Staatsleben zu werfen».¹⁶

15 Zit. nach *Arthur Fibicher*, Walliser Geschichte, Bd. 3.1: Die Neuzeit. Ereignisse und Entwicklungen 1520–1991, Sitten 1993, S. 166/167.

16 Verhandlungen der Bundesversammlung, des National- und Ständerathes, Schweizerisches Bundesblatt, Bd. II, Nr. 29 (7. Juni 1849).

3. Die politische Auseinandersetzung um das Verbot der Solddienste

In der Eidgenossenschaft gab es seit der Mitte des 18. Jahrhunderts im Wesentlichen drei grosse Gruppen von Gegnern des Solddienstes¹⁷.

Die erste Gruppe stammte aus der «geistigen Oberschicht» im Umfeld der Helvetischen Gesellschaft (gegründet 1761), welche der Aufklärung verpflichtet war. Geistliche und Theologen stützten sich auf die Theorien Zwinglis und bildeten die zweite Gruppe der Gegner. Physiokraten und Agronomen schliesslich wollten die Auswanderung aus volkswirtschaftlichen Gründen verhindern.

Um 1849 polarisierte die Frage der fremden Dienste das eidgenössische Parlament.

In der dreitägigen Debatte ging es dabei vor allem um die Frage, ob die vier Schweizer Regimenter in Neapel zurückberufen werden sollten oder nicht.

Die Kommentatoren der Bundesverfassung sind überzeugt, dass die Mehrheit im Parlament 1848 wollte, dass bestehende Verträge einzuhalten seien («pacta sunt servanda»). Trotzdem verlangten verschiedene Petitionäre bereits ein Jahr später, dass man die Verträge mit Neapel auflösen und die Regimenter zurückrufen solle, insbesondere deshalb, weil diese Truppen im Dienste von Tyrannen und Despoten stünden (lies: König von Neapel) und gegen Leute kämpften, die wie die Schweiz Demokratie wollten (Garibaldi).¹⁸

Die Auseinandersetzung um die Anwerbung wurde aber nicht bloss auf dem politischen Parkett ausgetragen, sondern teilweise auf der Strasse. In einigen neuralgischen Punkten kam es wegen der Anwerbung und dem Transport von Truppen zu Unruhen und Schlägereien. Am 21. März 1849 hat zum Beispiel der Kanton Graubünden eine Depesche an den Bundesrat geschickt. Darin berichtet ein Landjäger, dass in einem Wirtshaus in Chiavenna dortige Einwohner einen Transport von angeworbenen Soldaten überfallen hätten. Zwei Soldaten wurden getötet, drei schwer verwundet. In einer zweiten Prügelei wurden vier weitere Soldaten erstochen und der Rest wurde gezwungen, die Heimreise anzutreten. In der gleichen Depesche wird angekündigt, dass ein Transport von Walliser Soldaten über den Splügen erwartet werde und dass es ratsam sei, diese zurückzuhalten.¹⁹

Im Wallis verlief die politische Diskussion ähnlich wie in der Gesamtschweiz. Auf der einen Seite standen die Freisinnigen (im Wallis Radikale und Liberale), also jene Gruppierungen, welche sich vehement für eine neue Bundesverfassung einsetzten und gleichzeitig aus grundsätzlichen Überlegungen dagegen waren, dass sich Schweizer Soldaten in den Dienst von Königen und Kaisern stellten.

17 *Führer / Eyer*, Schweizer in Fremden Diensten (wie Anm. 7), S. 247ff.

18 Zehn Kantone hatten 1830 mit Neapel neue Kapitulationen abgeschlossen: Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Freiburg, Solothurn, Graubünden, Appenzell Inner-Rhoden und Wallis.

19 S. Extrabeilage zum Schweizerischen Bundesblatt für Samstag 24. März 1849.

Wie sehr (und mit welchen Argumenten) die Radikalen im Wallis die fremden Dienste bekämpften, zeigt der folgende Auszug aus einem Zeitungsartikel, der 1836 in «La jeune Suisse» erschien:

«L'art. 21 de la Constitution du Valais confère à la Diète le droit de conclure des capitulations militaires avec les rois et les papes. C'est là un des vingt démentis donnés par le citoyen César Gross à la prétendue démocratie valaisanne. En effet, dans une constitution démocratique, il ne devrait être question de semblables pactes que pour les prohiber comme le plus honteux trafic qui soit au monde. Il serait noble de capituler avec des républiques en danger, mais non avec les rois pour étouffer la liberté. La traite des blancs serait-elle donc moins odieuse que celle des noirs? (...) Que font nos soldats dans la Romagne sinon de se liguier avec l'Autriche, éternelle ennemie de la Suisse, pour protéger de leurs baïonnettes un gouvernement despotique qui autorise les 30 000 prêtres, moines et nonnes que Rome renferme dans son sein à vivre des sueurs d'une population de 150 000 âmes; et des cardinaux opulents, disciples d'un Dieu qui vécut dans la pauvreté et l'obéissance, à dicter des lois à une nation.

(...) Si pour engraisser leurs enfants de la sueur des peuples qu'ils tiennent en esclavage, vos nobles, rebelles à l'autorité populaire, ont ouvert avec les rois des marchés de chair humaine, c'est à vous à les fermer. Un homme né sur la terre libre de l'Helvétie, devrait-il y manquer du nécessaire au point de préférer le pain des tyrans à la liberté nationale? Est-ce dans l'apostasie de tout sentiment patriotique qu'un Suisse pauvre doit trouver son existence et sa sécurité? Le pain est le premier droit de l'homme. Qu'importe l'égalité des droits politiques et tous les progrès de la civilisation bourgeoise à l'Heimatlose ou au prolétaire qui meurt de faim? Une république démocratique doit pourvoir à ce que chacun de ses membres puisse vivre en travaillant, et que le travail et le pain lui soient également assurés. (...)»²⁰

Die Verdammung der fremden Dienste war eines der Hauptthemen der radikalen Doktrin. Nachdem die Radikalen 1847 die Macht im Wallis an sich gerissen hatten, würde man erwarten, die Zeit der fremden Dienste sei nun endgültig vorbei. Doch dem war nicht so.

Zum einen gab es auch im freisinnigen Lager eine Gruppe, die zwar die Kapitulationen grundsätzlich verbieten wollte, nicht aber den Dienst als solchen. Die NZZ formulierte es 1859 so: «Zwar sucht der Bund durch Werbeverbote einen möglichst hemmenden Einfluss auszuüben, allein vergeblich; die Werber darf man wohl strafen, aber nimmermehr die sich werben Lassenden, so lange wenigstens dem Schweizer noch das Recht der Selbstbestimmung, seine persönliche Freiheit,

20 La jeune suisse, 9 avril 1836, article signé L.G.; zit. nach *Gérald Arlettaz*, «République, Démocratie, Progrès» in : *Idéologies et populations*, Sion 1985, S. 73/74.

bleibt, d. h. so lange der Schweizer kein *Sklave* ist.»²¹ Zum andern hatten es die Radikalen schwer, ihre Postulate in den Gemeinden durchzusetzen, vor allem in jenen Gebieten, in welchen Einwohner entschlossen waren, ihr Geld auf die tradierte Art im Solddienst zu verdienen.

So gingen zwischen 1850 und 1865 die Anwerbungen zum Solddienst trotz Verbot weiter, ja das Wallis galt (zumindest zeitweise) als Zentrum der Rekrutierungen für den römischen Dienst.²²

4. Der Prozess von Leuk

Aus dieser Konstellation heraus ergab sich auch im Oberwallis eine Reihe von Prozessen gegen Anwerber. Jener von Anton Pfammatter aus Zeneggen, wohnhaft in Sitten, im Jahre 1855 vor dem Bezirksgericht Leuk ist einer der interessantesten. Die günstige Quellenlage erlaubt einen detaillierten Einblick in den Ablauf eines solchen Prozesses.²³

Wie oben ausgeführt, waren die Bevölkerung, aber auch die politischen Parteien und die Führungsschichten in der Frage des Solddienst-Verbotes zerstritten, ja polarisiert.

Die Radikalen setzten sich vehement für eine Abschaffung der fremden Dienste ein. Auf der andern Seite wollten in den Dörfern nicht wenige ihr Heil weiterhin als Soldaten im Ausland suchen. Sie wurden unterstützt von Teilen der Konservativen, von einflussreichen Persönlichkeiten der Oberschicht und, zumindest was der Dienst beim Papste anbelangt, von der Kirche.

Die Frage steht im Raume, wie weit die Walliser Behörden in dieser Situation wirklich gewillt waren, die Bundesbeschlüsse rigoros durchzusetzen. Selbst prominente Zeitzeugen äusserten wiederholt die Auffassung, das Wallis hintertreibe die Ausführung der Gesetze oder erleichtere gar den Wegzug in diese Dienste.²⁴

Der Prozess gegen Anton Pfammatter könnte in diesem Zusammenhang durchaus exemplarische Bedeutung haben. Der in Leuk stationierte Landjäger Bérode verhaftete einen Anwerber für den römischen Dienst und stützte sich dabei ausdrücklich auf die Bundesbeschlüsse. Wörtlich heisst es im Protokoll vom 9. März 1855: «Je vous dénonce le dit Pfammatter, contrevenant à l'arreter du conseil fédé-

21 Johann Jakob Aellig, Die Aufhebung der schweizerischen Söldnerdienste, Diss. Basel 1954, S. 151.

22 Staatsarchiv Sitten, Services Etrangers, Service de Rome. So für 1861: «Les enrôlements pour Rome recommencent et ils ont leur siège principal en Valais» (2/4/44).

23 Archiv des Bezirksgerichtes Leuk, Strafprozess gegen Anton Pfammatter wegen Anwerbung von Soldaten für den römischen Dienst 1855 [Dok. 1–9].

24 Staatsarchiv Sitten, Services Etrangers, Service de Rome, u.a. 2/4/44 - 1851.

ral du 20 juin 1849, qui doit statuer une amende de 400 frs vieu soi 579 frs et 71 centime (...).»²⁵

Das Gericht reagierte rasch: Der Untersuchungsausschuss tagte bereits am folgenden Tag (10. März) und zwar interessanterweise im Hause des Schreibers! Nach der Einvernahme des Hauptzeugen an diesem Tage, verschiedenen Untersuchungen durch den Landjäger in den folgenden Tagen und einer Vorladung²⁶ von Anton Pfammatter auf den 20. fällt das Gericht sein Urteil am 26. März 1855. Es erklärte die Anklage als nicht statthaft und stellte das Verfahren mit rein formaljuristischen Begründungen ein:

«Erwägend primo, dass keine hinreichenden Inzichten der Schuldbarkeit des Beklagten durch die bisherige Untersuchung sind zu Tage gefördert worden und Berod selbst, hiezu angefordert, keine ferneren Beweis-Mittel zur Erhärtung der Schuldbarkeit dargeben zu können erklärte.

Erwägend secundo, dass eine fernere Fortsetzung der Untersuchung kein befriedigenderes Ergebnis in Aussicht stellt.

Erwägend tertio, dass der Landjäger Berod auf Grundlage von Angaben des Christian Mathieu sein Verbal einreichte, dessen Aussagen (des Christian Mathieu) keine bestimmte Auskunft erteilten.»²⁷

Die zentrale Figur im Prozess ist Christian Mathieu. Zuerst führten seine Äusserungen dazu, dass Anton Pfammatter angezeigt und angeschuldigt wurde. Weil er vor Gericht seine Anschuldigungen abschwächte, zum Teil dementierte und/oder die Aussage verweigerte, wurde der Fall eingestellt.

Es folgen die protokollierten Aussagen vor Gericht im Wortlaut. Sie sind für die Beurteilung dieses Falles interessant und aufschlussreich:

«Sitzung des Untersuchungs-Ausschusses des Bezirks Leuk zu Leuk, in der Behausung des unterfertigten Schreibers, den 10ten März 1855 vor dem tit. Herrn Bezirksgerichtspräsidenten Christian Julier von Varen, Herrn Vizepräs. und Exam. Joseph Loretan in Leuk und Herrn Richter Joseph Marie de Werra citatus, juratus et admonitus. (= vorgeladen, vereidigt, zur Wahrheit ermahnt)

No 1) Allg(emeine) Fr(age):

25 Dok. 2 (9. März 1855).

26 Dok. 6 (20. März 1855).

27 Dok. 3 (10. /26. März 1855) und Dok. 7 (26. März 1855).

Antw(ort): Ich heisse Christian, Sohn weiland Josephs Mathieu des Grossen, von Albinen, da wohnhaft, im 55ten Altersjahre, verheirathet und Soldarbeiter.

2) Fr(age): Der Landjäger Berod, stationiert in Leuk, erklärt, dass Ihr den 7ten dieses im Hause Herrn Bezirksgerichtspräsidenten Christian Julier in Varen Euch befunden habet und da ihm (dem Berod) gesagt hättet, dass ein gewisser Pfammatter fünf oder sechs Bewohner von Albinen und einen gewissen Julier von Varen sich wirklich in Sitten aufhaltend und wirklich als Militair im Kontingent stehe, für ein Römer-Dienst angeworben habe? Bestätiget ihr diese Aussage?

A(ntwort): Am 7ten wie gesagt befand ich mich wohl in Varen im Hause des Herrn Prä. Christ. Julier, allwo ich mit Aloys Meichtry und Karl Loretan von Baden eine Flasche Wein trank; aber allda habe ich gar nichts über vorerwähnten Gegenstand nicht das mindeste gesprochen und bezüglich dem Julier auch nachher noch gar nichts, in dem ich von diesem gar nichts wusste. Wohl hörte ich nachher auf der Begräbnis des Stephan Oggier in diesem Hause noch den da anwesenden Persohnen sagen, es wäre ein Handwerksgeselle vom Zimmermeister Müller, der in Salgisch arbeite für Rohm angeworben worden, weiss aber mich nicht mehr zu erinnern, wer von den anwesenden dies gesagt hat und hörte auch gar nicht, dass man mit Bestimmtheit den Anwerber bezeichnet habe, sondern bloss, dass man rahtens- und bezweiflungweise einen Pfammatter als Anwerber bargwohnte; aber eher selben des nähren bestimmt zu bezeichnen, oder zu sagen, woher er wäre und ob es dieser bestimmt als Anwerber sey; und eben diesen Hergang erzellte ich auf unserer Herreise von Varen nach Leuk dem Landjäger Berod, der mich diesfalls ausfrag; aber ich habe ihm es nicht anderst gesagt als ich es nun so eben erzellt habe; was die Albiner Burschen anbelangt, sagte ich dem Landjäger nur, sie hätten ein Bündlein auf ihrer Gasget von Leuk nach Albinen gebracht, und in Albinen vor der Kirch hörte ich nicht von ihnen selbst, aber von andern Persohnen sagen, sie hätten gesagt, sie wollen sich anwerben lassen und witeres weiss ich gar nichts anders.

Fr(age) 3)

Fr(age): Het der Landjäger mit ihnen französisch gesprochen und versteht ihr die französische Sprache?

A(ntwort): Nein, deutsch, denn ich verstehe nicht französisch. Aber der Landjäger kann auch nicht recht deutsch und konnten uns auch nicht gut verständigen; denn er wollte immer wissen, was dies für ein Pfammatter wäre; ich sagte ihm aber die hatten ihn da in Varen nicht bennampt und bestimmt dargegeben (= denunziert) und mithin könne ich ihm diesfalls weitrer nicht sagen; und laut wie er in seiner Klage vorgibt, scheint es mir, dass er einiges von dem, so ich ihm unterwegs verzellt habe, muss missverstanden haben.

Fr(age) 4): Was für Persohnen waren in Varen in Stephan Oggiers Haus zugegen und glaubt ihr, dass von diesen Persohnen jemand wäre, so diesen Pfammatter bestimmt bezeichnen könnten?

A(ntwort): Der Niklaus Gottet und Franz Zumofen, von Albinen, von Varen der Stephan und Christian Glavio von Varen und noch viele andere Persohnen, die sich da als Verwandte des verstorbenen Oggiers einbefanden; aber ich bin versichert, dass auch diese nichts weiters wissen werden; indem man über diesen Vorfall nur im Zweifel vom Fenner Pfammatter gesprochen und ohne gesagt zu haben, woher er wäre.

Quae praelecta confirmavit scriptura ignorans (= Der des Schreibens Unkundige hat das Vorgelesene bestätigt).

In fidem (= Zum Zeugnis)

(Unterschriften:)

Ignace Bayard, Gerichtsschreiber

Christian Julier.»²⁸

Vereinfacht darf man wohl sagen: Christian Mathieu hat die zentralen Aussagen gegenüber Landjäger Bérode vor Gericht insofern entscheidend relativiert, als er nun behauptet, es seien nur Gerüchte und das, was er dem Landjäger Bérode berichtet habe, sei nicht korrekt wiedergegeben, weil dieser nur Französisch spreche und offenbar nicht richtig verstanden habe, was er gesagt habe.

Das Gericht fordert denn auch den Landjäger auf, weitere Beweise und Zeugen beizubringen. Als Erstes beauftragt es diesen, «den Schreinergesell David Zumkehr, in Salgesch bei Jakob Müller tätig, dem Gerichtspräsidenten in Varen vorzuführen».²⁹ Aber der ist offensichtlich nicht mehr da, und zwar hat ihm die Staatskanzlei bereits am 5. Januar 1855, also zwei Monate vor dem Prozess, einen Pass zugestellt und ihn mit 30 Centimes belastet «pour droit d'expédition de la part du

²⁸ Dok. 3.

²⁹ Dok. 4 (12. März 1855).

Conseil de Geneve». David Zumkehr war also mit obrigkeitlichem Segen bereits vor einiger Zeit über Genf ausgewandert.³⁰

Der Landjäger bemühte sich um schriftliche Zeugenaussagen und fand Jakob Müller, Schreinermeister in Salgesch und Arbeitgeber jenes David Zumkehr, der von Anton Pfammater angeworben worden sein soll. Von diesem liegt am 12. März 1855 folgende schriftliche und unterzeichnete Aussage vor, die für die Beurteilung des Falles von entscheidender Bedeutung ist:

«Monsieur Jacques Müller déclare en présence de Joseph Varonier (?) de Varone, et de Alexandre Lehener, boucher au Bains et de Nicolas Lenhern, domiciliés à Clarey (= Glarey/Siders?). les trois déclarent, en présence de Müller, que son domestique, David Zumquer était engagé par Antoine Pfammater de Zenneggen.

Les trois veule(nt) le prouver.»³¹

In einem weiteren Dokument heisst es:

«Ich unterzeichneter bekenne, dass mein gewesener Gesell David Zumker mir gesagt hat, er habe sich angasihren (= engagieren) lassen von Anton Vamater in Sitten, herstammend von Zenegen. Salges, den 12. Merz 1855, Jakob Müller, Schreiner.»³²

Es gab also immerhin vier Leute, die bereit waren, gegen Anton Pfammater auszusagen.

Trotzdem stellte das Gericht in der Urteilsbegründung fest, dass Bérode keine weiteren Beweismittel aufbringen könne. Nach den vorliegenden Unterlagen wurden die vier aussagewilligen Zeugen gar nie befragt. Da stellen sich einige wichtige Fragen:

Warum sind diese Aussagen nicht berücksichtigt worden? Warum wurde der Fall aus Mangel an Beweisen eingestellt? Wieso erteilte man zuerst dem Landjäger den Auftrag, weitere Beweise beizubringen und sagte dann in der Begründung der Nichtstatthaftigkeit, er habe keine «ferneren Beweise dargeben können?»³³

Wir können über die Gründe nur spekulieren. Denkbar ist zum Beispiel, dass die oben widergegebenen schriftlichen Aussagen dem Gerichte tatsächlich aus irgendeinem Grunde zum Zeitpunkt des Urteils nicht vorlagen.

30 Dok. 1 (5. Januar 1855).

31 Dok. 5 (undatiert).

32 Dok. 4 (12. März 1855).

33 Dok. 8 (27. März 1855). – Die Unterlagen wurden im November 1856 Christian Mathier und der Gattin von Anton Pfammater zugestellt (Dok. 9).

Wahrscheinlich ist aber, dass in diesem Fall das Gericht die Verurteilung aus politischen Gründen gar nicht anstrebte. Dieser Prozess gäbe damit jenen Recht, die behaupten, die Walliser Behörden (in diesem Falle die Gerichtsbehörden), wären nicht konsequent genug gegen Anwerber vorgegangen. In der Periode 1849–1859 gab es im Wallis (trotz Verbot) regelmässig Anwerbungen. Immer wieder wurden Leute verzeigt, weil sie Truppen für Neapel oder Rom angeworben hatten.³⁴ Es erfolgten auch immer wieder Anzeigen und konkrete Hinweise auf Anwerbungen.³⁵

Offenbar fehlte der politische Wille, solche Anwerbungen zu unterbinden, zumal ein (allerdings unsystematischer) Blick auf ähnliche Prozesse in den 50er Jahren³⁶ zeigt, dass Nichtstatthaftigkeitserklärungen ab und zu vorkamen. Auch in ganz ähnlich gelagerten Fällen wie bei Arlettaz German, wo es auch um Rekrutierungen für ausländischen Dienst ging, gab es vergleichbare Urteile³⁷.

5. Der politische und gesellschaftliche Kontext zum Prozess

Es wäre falsch, die Gerichtsbehörden oder sogar das Bezirksgericht Leuk allein für das zu wenig konsequente Vorgehen gegen illegale Anwerbungen verantwortlich zu machen. Die politischen Behörden unternahmen wenig, nach Auffassung Vieler zu wenig, um das Reislaufen zu unterbinden. Diverse ausländische Gesandte und Konsulen monierten, der Bundesbeschluss (Verbot von Anwerbungen) werde im Wallis systematisch unterlaufen. Sogar der Bundesrat machte dem Wallis verschiedentlich Vorwürfe, so in einem Schreiben an den Staatsrat, in welchem gesagt wird, ein Jean Joseph Jergen von Reckingen habe seinem Passport ein Visum beigelegt, worauf vermerkt sei «allant a Rome comme domestique» (er gehe nach Rom als Diener). Als man ihn gefragt habe, ob er dies beweisen könne, habe er geantwortet, er habe nie als Diener arbeiten wollen, er gehe in die Schweizer Garde.³⁸ Das heisst: der Kanton Wallis hat in diesem Falle (wissentlich?) ein Papier mit falschen Angaben ausgehändigt, welche die Ausreise ins Ausland erst ermöglichte.

34 Staatsarchiv Sitten, 5075 A, Regesten zu Prozessen des Staates Wallis (so z.B. die Herren de Lavallaz, Dallèves und Huser in Sion [1852, Nr. 2], Arlettaz German [1857, Nr. 87] u.a. mehr).

35 Staatsarchiv Sitten, Services Etrangers, Service de Rome, 2/4/40 - 1851.

36 Staatsarchiv Sitten, 5075 A, Regesten zu Prozessen des Staates Wallis (Freispruch oder Nichtstatthaftigkeit bei Rekrutierungen für 1852 u.a. Cottet Josphe von St. Maurice [Nr. 62], für 1853 Carlen Polycarpe von Sion [Nr. 117], für 1855 Jacquier Germain Balthasar de Savièse, Goye Antoine de Heremence [Nr. 2], für 1857 u.a. Arlettaz German [Nr. 87]).

37 Staatsarchiv Sitten, 5075 A, Regesten zu Prozessen des Staates Wallis, 1857 Nr. 87.

38 Staatsarchiv Sitten, Services Etrangers, Service de Rome, 2/4/44 - 1851.

Der Schweizer Konsul in Genua behauptet 1851, dass das Wallis zu jenen Kantonen gehöre, welche den Eintritt in den fremden Dienst erleichtere («facilite»)³⁹. Ein paar Jahre später zitiert der Bundesrat wieder den Konsul von Genua (1856): «Un ressortissant du Canton du Valais venant de la Suisse se présenta à ce consulat muni d'une feuille de route qui lui avait délivrée par l'autorité militaire d'un Regiment à la solde de Rome en qualité d'enrôleur avec l'indication au but de faire des recrues.

Ce papier était visé par le Conseil d'Etat de son Canton 'bon pour le retour à Rome'. Arrivé ici, le porteur réclamait mon visa pour la France d'où il disait vouloir s'embarquer à sa destination. Je m'y suis refusé.»⁴⁰

Auch hier wird der Vorwurf erhoben, die Behörden des Kantons Wallis würden Papiere ausstellen, welche die Anwerber und die Anwerbung begünstigen.

Ein Schreiben des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes an die kantonale Stelle erhärtet zudem den Vorwurf, im Wallis würden weiterhin im grossen Stil Söldner angeworben.⁴¹ Darin heisst es, der Schweizer Gesandte in Turin und der Konsul in Marseille hätten beide an den Bundesrat geschrieben, dass in der Schweiz grössere Rekrutierungen für den römischen Dienst im Gange seien. Beide seien der Meinung, «que ces enrôlements ont leur principal siège dans votre canton». Man kenne im Moment die Namen der Rekrutierer nicht, zumal sie keinen festen Sitz hätten und zudem unterstützt würden von geistlichen Kreisen («ecclesiastiques») und ihren Anhängern. Der Brief endet mit der Aufforderung, dem Gesetz Nachachtung zu verschaffen und sowohl Rekrutierer als Rekrutierte gesetzlich zu verfolgen.

Auch Walliser machten immer wieder den eigenen Behörden Mitteilung, dass Anwerbungen für den Solddienst weiterhin gang und gäbe seien. In einem Brief eines Offiziers aus Visp vom 24. Januar 1856 an den «Inspecteur des milices du canton du Valais» heisst es:

«Monsieur Colonel

Je suis bien pene (= je suis bien pené?) de vous annoncer que malgrez toutes les mesures prises par le Conseil d'Etat contre les enrôlement pour l'étranger, [ceux-ci] continue[nt] sur un pied régulier surtout pour Rome.

On fait pas attention si son[t] dans le contingent ou no. Ces jours derniers un certain Jegger, Sergent major dans la compagnie des chas-

39 Ebd.

40 Staatsarchiv Sitten, Services Etrangers, Service de Rome, 2/4/49 - 1856.

41 Staatsarchiv Sitten, Services Etrangers, Service de Rome, 2/4/58 - 1861.

seurs de Tourtemagne, et parti pour Rome e[à?] été engagé par un certain Husser, demeurant a Sion qui encange pour un certain Evequoz de Contey (...). Que un certain Furrer de Agarn à envoyé 6 jeunes gence de Bas Chatilion (=Niedergesteln) (...).

On vient de me dire si continue de cet magnier le prochain printemps nous aurions de grande lacunes dans la différente compagnie.»⁴²

Diese Dokumente beweisen:

Die Rekrutierungen für den römischen Dienst fanden nach 1850 im Wallis – trotz gesetzlichen Verboten – weiterhin regelmässig statt.

Dem Staate Wallis wurden Vorwürfe gemacht, er würde zu wenig tun, um dies zu unterbinden.

Offizielle Stellen (Konsulen, Gesandte, vor allem aber das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement und der Bundesrat) kritisierten immer wieder, das Wallis würde allzu leicht Passeports ausstellen und damit den Solddienst begünstigen.

6. Zusammenfassung

Einige Autoren behaupten, der Staat Wallis hätte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegen die Anwerbung für fremde Dienste polizeilich kaum etwas unternommen und eingeleitete Verfahren seien nicht selten «mangels Beweisen» eingestellt worden⁴³.

Der nun aufgerollte Prozess gegen Anton Pfammatter scheint diese These zumindest teilweise zu untermauern. Zwar hat der Landjäger Bérode umgehend Anzeige erstattet. Er hat alles unternommen, den Verdächtigen vor Gericht zu bringen. Der Polizei ist also kein Vorwurf zu machen. Das Gerichtsverfahren fand umgehend statt und wurde – soweit ich das beurteilen kann – korrekt durchgeführt. Tatsache ist, dass der Hauptzeuge seine ursprüngliche Aussage widerrief und verwässerte und dass der Landjäger und die Ankläger dadurch in eine gewisse Beweisnot gerieten.

Ein zentraler Vorwurf muss sich die gerichtliche Behörde bei der gegenwärtigen Quellenlage aber gefallen lassen. Die klare und eindeutige Zeugenaussage von Ja-

⁴² Staatsarchiv Sitten, Services Etrangers, Service de Rome, 2/4/40 - 1856.

⁴³ Antonietti, Handlanger des Krieges (wie Anm. 5), S. 46.

kob Müller (und drei weiteren Personen) wurde im Prozess unverständlicherweise nicht berücksichtigt.

Als Entlastung für das Gericht spricht, dass sich die moderne Strafprozessordnung erst im Aufbau befand. Das gleiche gilt wohl für die Gendarmerie. Trotzdem scheint es, dass die Anwerbung und vor allem auch der Militärdienst im Ausland in weiten Kreisen nicht als schweres Vergehen galt. Wie oben geschildert, waren weder der Bund noch der Kanton Wallis daran interessiert, die Beschlüsse des Parlamentes rigoros durchzusetzen.

Das Verbot neuer Kapitulationen (1848) und Anwerbungen (1849) führte im Wallis nicht dazu, dass der Solddienst abrupt aufhörte. Vielmehr wurde er während 20 und mehr Jahren stillschweigend geduldet. In dieser Übergangsphase fanden die Anwerber immer wieder Schlupflöcher. Erst als sich die Auswanderung nach Amerika fest installiert hatte und die Werbebüros die Ausreisewilligen erfassen konnten, hörte der Solddienst definitiv auf.

Die «modernen Söldner» (also jene Schweizer, die u. a. im Sezessionskrieg, im Spanischen Bürgerkrieg oder in der Waffen-SS und der Fremdenlegion Dienst taten) kann man als Verfehlung Einzelner abtun. Aber auch hier zeigt sich, dass die Ablehnung durch die Öffentlichkeit sehr unterschiedlich war. Während die Teilnahme am Sezessionskrieg in Amerika kaum gesellschaftliche Ächtung hervorrief und nicht bestraft wurde, stiess die Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg im bürgerlichen Lager auf totale Ablehnung.⁴⁴

Genauso wie die öffentliche Meinung seit jeher gewisse Kriege akzeptierte oder gar bejubelte und andere radikal ablehnte, gab es auch in Sachen Solddienst sehr divergierende Ansichten. Je nach politischem und ideologischem Standpunkt der Betrachter, je nachdem für welche Herren und Ideale die Söldner kämpften, bewunderte oder verdamnte man sie. Im 17. und 18. Jahrhundert war der Solddienst gesellschaftlich akzeptiert. Im 19. Jahrhundert waren es vor allem die Radikalen, die jeden Dienst für einen König als Unterstützung der Tyrannei ablehnten. Wenn aber die politischen Behörden und die Mehrheit des Volkes nicht klar hinter Gesetzen und Beschlüssen standen, dann war es für ein auf sich alleine gestelltes Gericht schwierig, diese durchzusetzen. Und vielleicht waren (und sind?) auch die einzelnen Richter nicht immer in der Lage, ihre persönliche Überzeugung ganz aus der Urteilsfindung und der Strafzumessung heraus zu halten. Die Bezirksrichter von Leuk fällten um 1855 ein Urteil, welches aus heutiger Sicht und nach Quellenlage nicht ganz nachvollziehbar ist, aber präzise die damalige Befindlichkeit wiedergibt.

44 S. dazu *Fuhrer / Eyer*, Schweizer in Fremden Diensten (wie Anm. 7), S. 259ff.

Liste der wichtigsten benutzten Dokumente

Dok 1: Januar (1855?)

Die Staatskanzlei übermittelt an den Landjäger Berod einen Passeport für David Zumkehr mit der Aufforderung, diesen dem Betroffenen zuzustellen und 30 Cents einzukassieren.

Dok 2: 9. März 1855

«Proces Verbal». Der Landjäger Berod berichtet über Ausweiskontrollen in einer «auberge» in Salgesch. Er zeigt Anton Pfammatter an (1 Seite).

Dok 3: 10. März/ 26. März 1855

Protokoll der Gerichtssitzungen. Aussagen von Christian Mathier (10. März) und Anton Pfammatter (26. März) (3 Seiten).

Dok 4: 12. März 1855

Auftrag an den Landjäger Berod, den Schreinergesellen David Zumkehr dem Gerichte vorzuführen, und Zeugenaussage von Jakob Müller (auf dem gleichen Blatt, gleiches Datum).

Dok 5: (ohne Datum)

Erklärung von Jakob Müller und drei weiteren Zeugen, dass David Zumkehr von Anton Pfammatter für den Fremden Dienst engagiert worden sei. Sie wollen es beweisen («prouver»).

Dok 6: 20. März 1855

Aufforderung an Anton Pfammatter, vor dem Gericht zu erscheinen (1 Seite).

Dok 7: 26. März 1855

Aussage von Landjäger Berod und die Vormeinung des öffentlichen Amtes (= Staatsanwalt) (1 1/2 Seiten).

Dok 8: 27. März 1855

Nichtstatthaftigkeitserklärung des Gerichts (1 Seite) und «Kostenaufschlag» (1 Seite).

Dok 9: November 1856

Vermerke, dass man die Unterlagen der Gattin von Anton Pfammatter und Christian Mathier zugestellt habe.